Landkreis Uelzen
Der Landrat

Protokoll

über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Uelzen
der Wahlperiode 2016 – 2021

Sitzung: Dienstag, 14.02.2017

Raum, Ort: Hotel Waldmühle, Mühlenweg 4, 29562 Suhlendorf

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:32 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

3 Einwohnerfragestunde

4 Feststellung der Tagesordnung

5 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 20.12.2016

6 Etatberatungen 2017
a) Ergebnishaushalt
b) Finanzhaushalt
c) Haushaltssatzung 2017
d) Stellenplan 2017 (s. Vorlage 2016-20-1)
Vorlage: VO/2017/081

7 Neustrukturierung der Gebühren gemäss Anlage "Gebührentarif" zu der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Landkreis Uelzen vom 01.01.1998
Vorlage: VO/2017/067

8 Ausweisung des Fauna-Flora-Habitat-Teilgebietes "Mittleres Gerdautal" als Landschaftsschutzgebiet
Vorlage: VO/2017/066

9 Wolf
Vorlage: /2017/072-1-1

10 Gremienbesetzung - Jobcenter und Wasserversorgungszweckverband (WVU)
Vorlage: VO/2017/082

11 Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Beschäftigtenvertreter, Besetzung Verwaltungsrat

Vorlage: VO/2017/069

12 Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Feststellung des Jahresabschlusses 2014
Vorlage: VO/2017/078

13 Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Feststellung des Jahresabschlusses 2015
Vorlage: VO/2017/079

14 Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Zustimmung zur Feststellung des Haushaltsplans 2017
Vorlage: VO/2017/080

15 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

16 Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten

17 Anfragen

18 Einwohnerfragestunde

19 Schließung der öffentlichen Sitzung

Anwesende:

reguläre Mitglieder

Landrat Dr. Blume, Heiko	Landrat	
KTA Beecken, Uwe	UWG	
KTA Bersiel, Andreas	SPD	
KTA Blankenburg, Jakob	SPD	
KTA Cordes, Hans-Jürgen	CDU	
KTA Dobslaw, Andreas	SPD	
KTA Fabel, Rainer	FDP	
KTA Feller, Martin	GRUENE	
KTA Franke, Klaus-Georg	UWG	
KTA Dr. Graf, Günther	CDU	
KTA Großmann, Ivonne	SPD	
KTA Hallier, Jürgen Peter	SPD	
KTA Hampel, Armin-Paulus	AfD	
KTA Hieke, Maik	AfD	
KTA Hillmer, Jörg	CDU	
KTA Hinrichs, Jürgen	SPD	
KTA Hinrichs, Udo	CDU	
KTA Hyfing, Léonard	FDP	
KTA Hüdepohl, Stefan	CDU	
KTA Dr. Janssen, Birgit	GRUENE	
KTA Jordan, Markus	GRÜNE	
KTA Jäkel, Karsten	CDU	
KTA Klippe, Gudrun	GRUENE	
KTA Dr. Koch, Kerstin	SPD	
KTA Kohlmeyer, Thomas	AfD	
KTA Kötke, Brigitte	SPD	
KTA Lemm, Max	CDU	
KTA Meyer, Alfred	UWG	bis 18:23 Uhr
KTA Mocek, Christian	CDU	
KTA Munstermann, Ralf	UWG	
KTA Ohrenschall-Reinhardt, Birgit	GRUENE	
KTA Pichan, Birgit	SPD	
KTA Platzer, Martin	DIE LINKE	

KTA Putzier, Jan Henner	SPD
KTA Sackmann, Hans-Heinrich	CDU
KTA Schmidt, Ulf	CDU
KTA Scholing, Heinrich	GRÜNE
KTA Staßar, Edgar	CDU
KTA Stöcks, Henning	CDU
KTA Tieding, Christopher	CDU
KTA Weichsel, Hans-Heinrich	CDU
KTA Widdecke, Michael	CDU
KTA Ziplys, Kurt	SPD

Gäste

Bürgerinnen und Bürger,

MitarbeiterInnen der Kreisverwaltung,

Reuter, Allg. Zeitung

Schlüter, Radio ZuSa

Verwaltung

LKVD Heinisch, Lothar	Dez. II
BD Peters, Frank	Dez. III
Theine, Martin	S 13

Protokollführung

Schroeb-Hering, Angela	S 13

Abwesende:

Verwaltung

EKR Liestmann, Uwe	Dez. I	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil:

---

1 . Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende KTA Dr. Graf bittet den örtlichen Bürgermeister um seine Grußworte. BGM Weichsel begrüßt den Kreistag in seiner Gemeinde und gibt eine kurzen Einblick über gemeindliche Eckdaten sowie die geplanten Investitionsmaßnahmen im Bereich der verkehrlichen Infrastruktur.

Stellv. Landrat KTA Hallier bittet seine Kollegen auf einer Genesungskarte für den EKR Liestmann zu unterschreiben. Anschließend eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

---

2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

---

3 . Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

---

4 . Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

---

5 . Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 20.12.2016

Beschluss:

Das Protokoll wird mit einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

---

6 . Etatberatungen 2017
a) Ergebnishaushalt
b) Finanzhaushalt
c) Haushaltssatzung 2017
d) Stellenplan 2017 (s. Vorlage 2016-20-1)
Vorlage: VO/2017/081

Landrat Dr. Blume fasst die wesentlichen Eckdaten des zu beschließenden Haushalts zusammen. Wichtigste Aussage sei, dass der Haushalt ausgeglichen sei, inkl. einer Kreisumlagesenkung um 2 %-Punkte auf nun 51 %-Punkte. Dieser Wert liege unter dem Durchschnitt innerhalb des ehemaligen Reg.-Bez. Lüneburg. Besonders hohe Zuschussbedarfe würden in den Haushaltsbereichen 50 und 51 ausgelöst. Der Ausblick auf die Jahre 2018 – 2021 zeige prognostisch einen Zuwachs der Steuereinnahmen. Dennoch bleibe der Handlungsspielraum gering. Große Investitionen würden in den Bereichen Sporthallen, Schulen sowie Straßen- und Verkehrsflächen anstehen. 14 Mio. Euro Investitionsvolumen seien als Vortrag aus 2016 für das Glasfasernetz veranschlagt. Die Stellenplanvorlage sei vom Kreisausschuss ebenfalls empfohlen worden. Details seien den Vorlagen zu entnehmen.

CDU-Fraktionsabgeordneter Hüdepohl freut sich, dass das Ziel, eine Kreisumlagesenkung und ein ausgeglichener Haushalt, erreicht worden sei und dennoch Investitionen nicht vernachlässigt würden. Sehr befremdet habe ihn der Versuch der erheblichen Einflussnahme der Hauptverwaltungsbeamten aus den Kreiskommunen auf die Haushaltsplanung über die Kreistagskollegen. Hier habe es unsachliche Unterstellungen gegeben, die entschieden zurückzuweisen seien. Die Gemeinden und Samtgemeinden würden von den umzusetzenden Projekten wie Kreisumlagesenkung, Sporthallenkonzept, Glasfasernetz sowie zentrales Management im Bereich der Flüchtlingsunterbringung erheblich profitieren. Er danke in diesem Zusammenhang den Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Die CDU werden den kurzfristig eingereichten Antrag der GRÜNEN, einen Klimaschutzmanager einzustellen, nicht unterstützen, da dieses weitere Kosten nach sich ziehe, deren Höhe nicht definiert seien.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dobslaw schließt sich den Ausführungen seines Vorredners grundsätzlich an und dankt insbesondere dem Kämmerer, Herrn Lühring, für die intensive Arbeit in den letzten Wochen sowie seinen Kreistagskollegen für die konstruktive Diskussionsatmosphäre. Auch seine Fraktion weise die unsachlichen und überzogenen Forderungen der Gemeinden, die unter der Flagge des Städte- und Gemeindebundes gestellt worden seien, zurück.

GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Ohrenschall-Reinhardt dankt als Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschuss insbesondere ihren Gremiumsmitgliedern für die dortige konstruktive Arbeit. Die Beteiligung aller Fraktionen in diesem wichtigen Ausschuss halte sie für richtig und wichtig. Die Haushaltsabschlüsse der vergangenen Jahre hätten sich inzwischen als besser erwiesen, als zunächst angenommen. Der Zukunftsvertrag könne dieses Jahr vollendet werden, sobald der Haushaltsabschluss 2016 vorliege. Für die Zukunft seien sinnvolle, nachhaltige Investitionen beschlossen, ob das neue Kreishaus jedoch dazu gehöre, sehe ihre Fraktion unverändert kritisch. In jedem Fall sei ihre Fraktion der Auffassung, dass Finanzmittel in den ÖPNV fließen müsse, da die kürzlichen Streichungen in diesem Bereich schwierige Folgen gehabt hätten. Die strategischen Ziele umfassten u.a., auf den „Demographischen Wandel im ländlichen Raum“ einzugehen – die Mittelkürzung im Bereich des ÖPNV passe nicht dazu. Es gebe zu diesem Ziel keinerlei strategischen Ansatz im Haushalt. Hier sei zudem insbesondere die pflegerische und gesundheitliche Versorgung im Argen, zu der sie einige Nachfragen nennt und schriftlich nachreiche (s. Anlage). Ebenso gehöre der Klimaschutz zu den erklärten Zielen des Landkreises. Dennoch habe man sich weder zu der Einstellung eines Klimaschutzmanagers, dessen Kosten bis zu 91% förderfähig und insgesamt auf 5 Jahre begrenzt gewesen wären, noch zum Beschluss zur Beauftragung der Kreisverwaltung mit der Erstellung eines Grundwasserschutzkonzepts entschließen können. Die Naturschutzstiftung halte man grundsätzlich für eine gute Sache, doch könne diese ihres Erachtens fördernd im Sinne der A 39 „missbraucht“ werden. Da der zu beschließende Haushalt nicht alle Ziele berücksichtige, würden die GRÜNEN ihm nicht zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende der UWG Franke dankt der Verwaltung ebenfalls und betont, dass die UWG klar hinter dem Projekten Glasfasernetz, Neubau des Kreishauses sowie Beitritt

zum HVV-Schienentarif stehe. Dass die zuständige Staatssekretärin eine zunächst gemachte Finanzierungsunterstützung später wieder zurückgenommen habe, halte die UWG für nicht hinnehmbar. Insofern bitte die UWG den Landrat ausdrücklich, weiterhin dafür zu kämpfen. Die Senkung der Kreisumlage sei eine zentrale Forderung der UWG von Beginn an gewesen. Für die Zukunft halte es die UWG für wichtig, dass die Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben werde. Insofern kündigt er einen Antrag der UWG zur Wiederaufnahme der Schulentwicklungsplanung an. Dem Haushalt werde die UWG zustimmen, mit Ausnahme der Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten.

KTA Hieke, Fraktionsvorsitzender der AfD bedankt sich für das Angebot, an interfraktionellen Haushaltsberatungen teilzunehmen, um innerhalb von nur zwei Monaten einen besseren Einblick in die Haushaltsplanung und -gestaltung zu erhalten. Man habe die neue KT-Fraktion fair eingebunden.

Fraktionsvorsitzender der FDP, KTA Fabel, drückt seine Verwunderung darüber aus, dass der erste Entwurf von dem nun zu beschließenden Haushalt so deutlich abwich. Fehlende Abschlüsse aus den Vorjahren machten eine realistische Planung für die Zukunft schwierig. Seiner Ansicht nach sei die Modifikation des ÖPNV zwar beschlossen, jedoch noch längst nicht richtig umgesetzt – z.B. müssten die beschlossenen Rufbusse auch fahren! Dem Stellenplan stimme die FDP zu, nicht jedoch dem Antrag, einen Klimaschutzmanager einzustellen.

Vorsitzender Dr. Graf lässt über den Antrag der GRÜNEN abstimmen, die Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten begrenzt auf 5 Jahre im Stellenplan aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme einer Stelle eines Klimaschutzmanagers / managerin in den Stellenplan 2017:

Ja:	7
Nein:	34
Enthaltungen:	2

Der Vorsitzende lässt über den Stellenplan abstimmen.

Abstimmungsergebnis d) Stellenplan:

Ja:	36
Nein:	7
Enthaltungen:	0

Der Vorsitzende lässt über den Ergebnishaushalt abstimmen.

Abstimmungsergebnis a) Ergebnishaushalt:

Ja:	36
Nein:	7
Enthaltungen:	0

Der Vorsitzende lässt über den Finanzhaushalt abstimmen.

Abstimmungsergebnis b) Finanzhaushalt:

Ja:	43
Nein:	0
Enthaltungen:	0

Landrat Dr. Blume verliest die Haushaltssatzung anhand der Vorlage.

Der Vorsitzende lässt über die Haushaltssatzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	7
Enthaltungen:	0

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Uelzen beschließt den Haushalt 2017 des Landkreises Uelzen für die Bereiche a) Ergebnishaushalt, b) Finanzhaushalt, c) Haushaltssatzung und d) Stellenplan gemäß den Vorlagen.

---

7 . Neustrukturierung der Gebühren gemäss Anlage "Gebührentarif" zu der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Landkreis Uelzen vom 01.01.1998
Vorlage: VO/2017/067

LKVD Heinisch trägt anhand der Vorlage den Sachverhalt vor und verweist auf die Details in der Vorlage. Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	43
Nein:	0
Enthaltungen:	0

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Gebühren gemäß Anlage „Gebührentarif“ zu der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Landkreis Uelzen vom 01.01.1998 entsprechend der Anlage dieser Vorlage rückwirkend zum 01.01.2017 neu festzusetzen.

---

8 . Ausweisung des Fauna-Flora-Habitat-Teilgebietes "Mittleres Gerdautal" als Landschaftsschutzgebiet
Vorlage: VO/2017/066

BD Peters fasst die Eckpunkte anhand der umfangreichen Vorlage zusammen und ergänzt, dass Umweltausschuss und Kreisausschuss den Beschlussvorschlag und damit die Landschaftsschutzgebietsverordnung jeweils mehrheitlich dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen haben.

KTA Feller gibt bekannt, dass die GRÜNEN der Beschlussempfehlung nicht zustimmen werden, da die zwischenzeitlich erwogene höherwertige Ausweisung als Naturschutzgebiet nicht umgesetzt worden sei und nur eine Landschaftsschutzgebietsverordnung nach Meinung sei-

ner Fraktion nicht ausreichend sei, zumal somit auch ein Erschwernisausgleich als ~~die~~ Entschädigung für die Anrainer nicht möglich sei.

KTA Hyfing gibt für die FDP-Fraktion an, dass die mit der vorliegenden Landschaftsschutzgebietsverordnung verbundenen Einschnitte für den Kanu- und Freizeitsport nicht verhältnismäßig seien und aus diesem Grunde seine Fraktion der Landschaftsschutzgebietsverordnung nicht zustimme.

KTA Hillmer von der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion zustimmen werde, da eine Unterschutzstellung durch die FFH-Richtlinie eingefordert und ein Landschaftsschutzgebiet hier ausreichend sei und man mit der Landschaftsschutzgebietsverordnung einem schärferen Schutz durch eine Naturschutzgebietsausweisung vermeide. Dies sei im Sinne der Anlieger.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	12
Enthaltungen:	1

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Mittleres Gerdautal“ entsprechend dem beigefügten Verordnungsentwurf (Anlage 7) und dem Abgrenzungsvorschlag (Anlage 8 und 9). Die Auswertung der Stellungnahmen aus dem öffentlichen Verfahren (Anlage 1 - 5) wird zur Kenntnis genommen.

---

9 . Wolf
Vorlage: /2017/072-1-1

BD Peters erinnert an Entstehung und Verlauf der Beratung im Umweltausschuss und im Kreisausschuss und trägt den aktuellen Beschlussvorschlag zum vorliegenden Resolutionsentwurf im Einzelnen vor.

KTA Hillmer betont, dass sich die Population der Wölfe alle zwei Jahre verdoppele. Die inzwischen vor Ort erlebten Probleme im direkten Zusammenleben würden immer schneller deutlich. Der Kreistag sei als Bürgervertretung in der Fläche zu einer Initiative verpflichtet. Eine Beweislastumkehr für die geschädigten Weidetierhalter sei wesentlich.

KTA Hampel beantragt, den Wolf sofort ins Niedersächsische Jagdrecht aufzunehmen, da das natürliche Verhalten dem Wolf abgewöhnt worden sei. Darüber hinaus beantragt er, dass das Land im Rahmen der Wolfsrichtlinie auch dann Schäden an Weidetieren ersetzen sollte, wenn die Weidetiere nicht wolfssicher i.S.d. Richtlinie eingezäunt seien.

Fraktionsvorsitzender der SPD Dobslaw drückt seine Verwunderung darüber aus, dass nirgendwo in Niedersachsen dieses Thema so brisant diskutiert werde. Eingeholte Informationen hätten zum vorliegenden Resolutionsentwurf geführt, der einen Kompromiss

darstelle. Die Unterstützung der Weidetierhalten sei ebenso zu berücksichtigen wie tierspezifische Eigenarten.

KTA Feller nimmt Bezug auf eine umfangreiche Ausarbeitung der Kreisveterinärin aus dem benachbarten Landkreis Lüchow-Dannenberg und liest auszugsweise vor, um deutlich zu machen, dass eine Bejagung des Wolfes zur Zunahme von Weidetierrissen führe. Lebendfallen nach Weidetierrissen und anschließende Besenderung, ggf. Vergrämung sei die effektivere Methode. Weidetierhalter seien bisher sträflich vernachlässigt worden, weil Schäden nicht oder sehr viel später erst übernommen würden – dieses müsse schnellstens geändert werden. Wenn schließlich eine Entnahme notwendig sei, dann müsse diese nach Artenschutz- und nicht nach Jagdrecht vorgenommen werden.

Fraktionsvorsitzender der FDP Fabel betont, dass man aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung zu dieser Resolution gekommen sei. Im Umweltministerium wisse man eigentlich genau, was zu tun sei, doch es werde dieses nicht umgesetzt. Ein Zusammenleben von Bürgern, Weidtierhalten und Wölfen müsse organisiert werden.

CDU-Vorsitzender Hüdepohl erinnert, dass der vorliegende Entwurf ein Antrag ans Land sei – mehr nicht. Auch in der CDU gebe es Kritiker, doch man solle sich bitte auf einen Kompromiss einlassen, da sich nicht alle Einzelauffassungen berücksichtigen ließen und ein deutliches Zeichen aus der Region wichtig sei. Dazu gehöre eine möglichst hohe Zustimmung zum Resolutionsentwurf.

KTA Scholing bestätigt, dass dieses emotionale Thema ihn und die Region sehr bewege. Der Schutz des Menschen genieße oberste Priorität. Weidetierhalter müssten unterstützt werden und den Artenschutz gelte es zu berücksichtigen. Im Akutfall sei sofortige Unterstützung vor Ort nötig. KTA Scholing versichert, dass auf Landesebene intensive Gespräche geführt werden.

KTA Hampel zieht für die AfD-Fraktion den Teil des Antrages zurück, der sich die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht bezieht. Den zweiten Antrag hält er aufrecht. Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen:

Abstimmungsergebnis Antrag AfD (übrig gebliebener Teil):

Ja:	5
Nein:	34
Enthaltungen:	4

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über den Entwurf gem. Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis Beschlussvorschlag:

Ja:	32
Nein:	6
Enthaltungen:	5

Beschluss:

Der Kreistag zu beschließt, die Landesregierung aufzufordern:

1. die Wolfsrichtlinie dahingehend zu ändern, dass sämtliche Schäden durch Wölfe vorbehaltlos ersetzt werden und die Beweislast zu Gunsten des Geschädigten umgekehrt wird – und diese Regelungen auch auf Hobbyweidetierhalter zu erstrecken,
2. für die Besenderung und Vergrämung von Wölfen Fachleute auszubilden und vorzuhalten und das bestehende Wolfsmonitoring weiter zu entwickeln,
3. die Spielräume des europäischen Artenschutzes umfassend zu nutzen und Problemwölfe, die Weidetiere reißen und sich Menschen bedrohlich nähern, konsequent zu entnehmen,
4. über eine Bundesratsinitiative prüfen zu lassen, ob die niedersächsischen Wölfe Teil einer Wolfspopulation mit günstigem Erhaltungszustand sind,
5. bei günstigem Erhaltungszustand über eine Bundesratsinitiative den Bund aufzufordern, auf die EU-Kommission zuzugehen mit dem Ziel, den Wolf vom Anhang IV in den Anhang V der FFH-Richtlinie abzustufen, um ein wirksames Bestandsmanagements zu ermöglichen,
6. anschließend zeitnah den Wolf in das Niedersächsische Jagdrecht aufzunehmen und
7. die von Umweltminister Stefan Wenzel in Uelzen zugesagte Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen.

---

10 . Gremienbesetzung - Jobcenter und Wasserversorgungszweckverband (WVU) Vorlage: VO/2017/082

Landrat Dr. Blume trägt anhand der Vorlage vor.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	43
Nein:	0
Enthaltungen:	0

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt fest, das Anna Katharina Bölling ab Beginn ihres Arbeitsverhältnisses beim Landkreis Uelzen Mitglied in der Trägerversammlung des Jobcenters ist.
2. Der Kreistag stellt fest, dass LKVD Heinisch ab Versetzung in den Ruhestand nicht mehr als Beschäftigter für den Landrat in die Verbandsversammlung und den Verbandsausschuss des Wasserversorgungszweckverbands entsandt ist.

11 . Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Beschäftigtenvertreter, Besetzung Verwaltungsrat
Vorlage: VO/2017/069

Landrat Dr. Blume fasst den Inhalt anhand der Vorlage zusammen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	43
Nein:	0
Enthaltungen:	0

Beschluss:

Der Kreistag beschließt,

1. den Stellvertreter der Beschäftigtenvertreterin Cornelia Adam, Herbert Kiesewalter, sowie die Stellvertreterin es Beschäftigtenvertreters Martin Dellner, Susanne Rexin, zu bestätigen,
2. festzustellen, das Landrat Dr. Blume Vertreter von BD Peters ist.

12 . Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Feststellung des Jahresabschlusses 2014
Vorlage: VO/2017/078

BD Peters erinnert, dass während des letzten Kreistages die Jahresabschlüsse 2012 und 2013 beschlossen werden konnten, weil die das wirtschaftliche Eigentum der Stadt Uelzen betreffendenHemmnisse der Jahresabschlüsse abschließend beseitigt waren. Nunmehr können auch die folgenden Jahresabschlüsse 2014 und 2015 festgestellt werden. Der Jahresabschluss 2016 werde voraussichtlich zur Jahresmitte vorliegen, so dass damit das Gebäudemanagement erfreulicherweise mit den Jahresabschlüssen „auf Stand“ sei.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	41
Nein:	0
Enthaltungen:	2

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Entscheidung des Verwaltungsrates in der Verwaltungsratssitzung vom 02.02.2017, den Jahresabschluss 2014 der gemeinsamen kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts Gebäudemanagements Uelzen Lüchow-Dannenberg in der vorgelegten Form festzustellen, den im Jahresabschluss 2014 der gAöR GM ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von -14.103,49 € als Ergebnisvortrag ins Folgejahr zu übernehmen und den Vorstand gem. § 129 Abs. 1 NKomVG zu entlasten, zuzustimmen.

13 . Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Feststellung des Jahresabschlusses 2015
Vorlage: VO/2017/079

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	41
Nein:	0
Enthaltungen:	2

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Entscheidung des Verwaltungsrates in der Verwaltungsratssitzung vom 02.02.2017, den Jahresabschluss 2015 der gemeinsamen kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts Gebäudemanagements Uelzen Lüchow-Dannenberg in der vorgelegten Form festzustellen, den im Jahresabschluss 2015 der gAöR GM ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 620.874,29 € als Ergebnisvortrag ins Folgejahr zu übernehmen und den Vorstand gem. § 129 Abs. 1 NKomVG zu entlasten, zuzustimmen.

14 . Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg gAöR - Zustimmung zur Feststellung des Haushaltsplans 2017
Vorlage: VO/2017/080

BD Peters fasst zusammen, dass die Haushaltszahlen aus der Vorlage mit denen aus dem beschlossenen Kreishaushalt übereinstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	43
Nein:	0
Enthaltungen:	0

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Feststellung des Haushaltsplans 2017 der gemeinsamen kommunalen Anstalt des öffentlich Rechts „Gebäudemanagement Uelzen/Lüchow-Dannenberg“ (gAöR-GM) durch deren Verwaltungsrat vom 02.02.2017 zuzustimmen.

15 . Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Es liegen keine wichtigen Beschlüsse vor.

16 . Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten

Landrat Dr. Blume berichtet, dass in der Kürze der Zeit noch keine wesentlichen Angelegenheiten verkündet werden könnten, jedoch möchte er die Gelegenheit nutzen, sich bei den in

Kürze in den Ruhestand zu verabschiedenden Mitarbeitern, LKVD Heinisch und BOAR Partzsch ausdrücklich für die geleistete gute Arbeit zu bedanken. Da mit den beiden Kollegen eine Menge Know-How abflösse, könnte es vorübergehend zu Verzögerungen kommen – hier bitte er vorsorglich um Nachsicht für die Einarbeitungszeit der neuen Kolleginnen und Kollegen.

---

17 . Anfragen

BD Peters berichtet, dass eine umfangreiche Anfrage von KTA Jordan von den GRÜNEN die Krötenwanderung zwischen Oetzendorf und Masendorf betreffend vorliege. Die Fragen und ausführlichen Antworten trägt BD Peters vor und sagt zu, diese der Kreistagssitzung im Kreistagsinformations- bzw. Bürgerinformationssystem als Dokument hinzuzufügen.

---

18 . Einwohnerfragestunde

18.1 Aufsicht des Landkreises

Ein Bürger, Herr Markwardt, nimmt Bezug auf die Berichterstattung der Allgemeinen Zeitung bzgl. der Forderungen des Städte- und Gemeindebundes und des Hinweises auf versteckte Vermögenswerte. Wer sei die Aufsicht der Landkreisverwaltung?

Landrat Dr. Blume erwidert, dass der Landkreis verpflichtet sei, sparsam zu haushalten – dieser Verpflichtung käme der Landkreis nach. Die Aufsicht über den Landkreis übe das Land aus.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

---

19 . Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende Dr. Graf schließt die öffentliche Sitzung.

KTA Dr. Graf
Kreistagsvorsitzender

Landrat

A. Schroeb-Hering
Protokollführung